

Wahlprüfsteine des Forums Lokale Agenda 21 Mainz zur Kommunalwahl 2019

Antworten der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)

Themenbereich Nachhaltigkeit/Fairer Handel/Wirtschaft/AGENDA 2030

1. Mikroplastik wird zunehmend als Gesundheitsproblem erkannt. Was tut Ihre Partei gegen die unkontrollierte Verbreitung von Plastik in der Umwelt, z.B. durch die zunehmende Verpackungsflut, aber auch durch das massenhafte Wegwerfen von Zigarettenkippen?

Antwort der ÖDP: Plastikverpackungen müssen hoch besteuert werden, damit diese mittelfristig reduziert bzw. vermieden werden. Sollte die Lenkungsfunction dieser Steuer nicht greifen, setzt sich die ÖDP für ein weitgehendes Verbot von Plastikverpackungen ein. Plastiktüten sollten hingegen umgehend verboten werden. Das Wegwerfen von Zigarettenkippen, insbesondere im Umfeld von Straßenbahn- und Bushaltestellen, ist aus unserer Sicht nicht mehr tolerierbar. Darüber hinaus fordern wir ein Rauchverbot in den Haltstellenhäuschen. Auch die Mainzer Kläranlage muss so modernisiert werden, dass Mikroplastik nicht mehr in den natürlichen Wasserkreislauf gelangt.

Ein entsprechender Stadtratsantrag der ÖDP wurde im November 2018 allerdings in den entsprechenden Ausschuss verwiesen und dann mehrheitlich abgelehnt: "Die Verwaltung soll durch eine Ergänzung der bisher gültigen Marktsatzung für die Mainzer Wochenmärkte den Markthändlern die Benutzung von Plastiktüten als Verpackungsmaterial untersagen. Als eine mögliche Alternative zu den Plastiktüten sollen die Markthändler den Kunden aktiv die „Domsgickel“-Taschen anbieten. Von Kunden mitgebrachte eigene Behältnisse und Tüten sollen jedoch weiterhin benutzt werden dürfen."

Ein Antrag in dem die ÖDP-Fraktion die Entwicklung eines umfassenden Maßnahmenkonzepts gegen achtloses Wegwerfen von Zigarettenstummeln gefordert hat, wurde Ende 2019 einstimmig beschlossen. Daraufhin sollten Aufklärungskampagnen initiiert, Strategien zur Prävention von Zigarettenmüll erdacht, der Bußgeldkatalog überarbeitet und das zur Kontrolle eingesetzte Personal aufgestockt werden.

2. Welche Vorkehrungen werden Sie zukünftig treffen, damit die im öffentlichen Raum verbauten und von der Landeshauptstadt Mainz beschafften Materialien nachhaltigen Bedingungen entsprechen?

Antwort der ÖDP: Stadt und die stadteigenen Gesellschaften müssen mit gutem Beispiel voran gehen. In Anlehnung an unseren Leitsatz "Weniger ist mehr" bevorzugen wir grundsätzlich die Sanierung vorhandener Gebäude vor Abriss und Neubau. Die Vergabe von Bauleistungen muss eine Selbstverpflichtung der Stadt regeln, die die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in den Vergaberichtlinien festschreibt. D. h. die Erfüllung

entsprechender Kriterien wie z. B. die Bindung der öffentlichen Aufträge an die Bedingung fairer Produktion oder an Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft sind Voraussetzung für den Erhalt eines öffentlichen Auftrags.

3. Welche Waren und Dienstleistungen werden Sie zukünftig durch die Stadt unter ökologischen und sozial verantwortlichen Kriterien einkaufen lassen?

Antwort der ÖDP: Der komplette Fuhrpark der Stadt und der stadt-eigenen Gesellschaften muss auf den Prüfstand und in Richtung Nachhaltigkeit umstrukturiert werden. Je nach Einsatzgebiet kann dies erneuerbarer Antrieb, Lastenfahrrad oder Jobticket bedeuten.

Die Verpflegung in städtischen Kindertagesstätten in Mainz muss schrittweise auf Frischküche mit vollwertiger Ernährung umgestellt werden. Bei der Planung von Neu- und Umbauten von städtischen Kindertagesstätten soll der Einbau einer Frischküche von vorneherein geprüft und ermöglicht werden. Die Lebensmittel sollten nicht vom billigsten Anbieter geliefert werden, Maßstab soll ökologische Herstellung und faire Bezahlung der Mitarbeiter sein.

4. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Ziele der Agenda 2030 einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln und engagierte Menschen dabei zu unterstützen, sich für die Agenda 2030 und den fairen Handel einzusetzen?

Antwort der ÖDP: "Weniger ist mehr" - mit diesem Leitspruch ist ökologisches Handeln in unserem Grundsatzprogramm verankert. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Überzeugung, dass der konsumorientierte Materialismus keine sinnstiftende Funktion hat, sind zentrale Werte der ÖDP - Politik. Umfassender Klima- und Naturschutz, konsequenter Tierschutz, das Verbot der grünen Gentechnik, eine Verbesserung der Effizienz der eingesetzten Energie, konsequentes Energiesparen, 100% erneuerbare Energien sowie schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie, gerechte Löhne und menschenwürdige Sozialleistungen sind die Kernziele der ÖDP, die im Rahmen unserer Veranstaltungen angesprochen werden und mit denen wir für die Mitarbeit in unserer Partei werben.

Umweltbildung muss bereits in Schulen und Kindergärten beginnen. Sog. Bildungsangebote von Konzernen an Schulen, die Kinder frühzeitig auf das Verbraucherverhalten abzielen wollen, lehnen wir ab.

Ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitswirkung wäre eine Gewichtung umweltrelevanter Themen auf der Startseite der Homepage der Stadt Mainz. Leider findet man dort im Wesentlichen Hinweise zu kommerziellen Freizeit- und Unterhaltungsangeboten. Das Fehlen einer dauerhaft installierten und ständig aktualisierten Sparte, die über Umweltthemen und aktuelle Meldungen berichtet, ist auch eine Aussage über die "Wertschätzung" der Umweltbelange durch die derzeitige Ampelkoalition. Dies zu ändern ist ein Anliegen der ÖDP.

5. Welche Strukturen werden Sie schaffen, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 in Mainz umzusetzen?

Antwort der ÖDP: Siehe Antwort unter 4. Bewusstseinsbildung, breite gesellschaftliche Wertediskussion anstoßen: "wie wollen wir gut leben?" Reduzierung der Werbung im öffentlichen Raum, Insbesondere der Werbung von Alkohol und Nikotin.

6. Welche Maßnahmen wollen Sie in Mainz umsetzen, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen?

Antwort der ÖDP: z. B. Rücknahmeverpflichtung von Einwegverpackungen in Verbindung mit Pfandpflicht, Wochenmärkte in den Stadtteilen, Förderung der Nahversorgung und damit der Resilienz durch eine Ausweitung von Kleingartenanlagen (Anpassung der Flächen an den Einwohnerzuwachs), Bereitstellen entsprechender Räumlichkeiten für gemeinschaftliche und nachhaltige Aktivitäten z. B. für RepairCafés, fleischfreie Mahlzeiten als beständiges Alternativangebot in Kantinen aller kommunalen Einrichtungen...

7. Welche Anregungen und Ideen zum Fairen Handel wollen Sie in die zukünftige Kommunalpolitik einbringen?

Antwort der ÖDP: Mainz muss seine Auszeichnung als Fair Trade Stadt viel mehr in der Öffentlichkeit thematisieren und weiter ausbauen. Das Fördern fairer Handelsbedingungen darf nicht nur Lippenbekenntnis bleiben, es muss zum Leitbild der Stadt werden. Das gelingt nur, wenn das Thema immer wieder ins Bewusstsein gerufen wird. Die Hinweise dazu findet man im Informationssystem der Stadt leider nur, wenn man gezielt danach sucht. Ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitswirkung wäre eine Gewichtung umweltrelevanter Themen auf der Startseite der Homepage der Stadt Mainz. Leider findet man dort im Wesentlichen Hinweise zu kommerziellen Freizeit- und Unterhaltungsangeboten. Das Fehlen einer dauerhaft installierten und ständig aktualisierten Sparte, die über Umweltthemen und aktuelle Meldungen berichtet, ist auch eine Aussage über die "Wertschätzung" der Umweltbelange durch die derzeitige Ampelkoalition. Dies zu ändern ist ein Anliegen der ÖDP.

8. Wie gewährleistet Ihre Partei zukünftig die Bürgerbeteiligung bei großen Bauprojekten?

Antwort der ÖDP: Der Bürgerbeteiligungsprozess zu Projekten muss in den Leitlinien für Bürgerbeteiligung geregelt werden, darf aber nicht den politischen Diskurs ersetzen. Grundvoraussetzung für eine gelungene Bürgerbeteiligung ist die frühzeitige Information durch die regelmäßige und vollumfängliche Veröffentlichung der aktuellen Projektliste, die leicht zugänglich für mehr Transparenz bei kommunalen Projekten sorgt. Es ist weder zeitgemäß noch ausreichend, Termine und Themen ausschließlich im Amtsblatt oder in einer Tageszeitung anzukündigen. Beteiligungskonzepte sind über alle Projektphasen hinweg erforderlich und Ergebnisse müssen transparent kommuniziert werden, um ein breites Meinungsbild zu ermöglichen. Im Anschluss sollten die Bürgerinnen und Bürger per Online-Voting abstimmen können, um so dem Stadtrat auf breiter Basis ihre Wünsche zu vermitteln.

Dies kann dem Stadtrat als Entscheidungshilfe dienen. Nach dem Bürgerbeteiligungsverfahren muss ausreichend und rechtzeitig über die Beschlüsse aus den Gremien informiert werden, um so die Möglichkeiten für einen Bürgerentscheid sicherzustellen. Die Leitlinien sollen die Durchführung eines Bürgerentscheids gem. § 17a der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz nicht ersetzen. Transparenz und vor allem Kommunikation mit der Bürgerschaft und den Bürgerinitiativen sind für diesen Prozess enorm wichtig. Eine Bürgerversammlung, in der ab und an über den Prozess berichtet wird, ist zu wenig. Aus diesem Grund sehen wir es als einen großen Fehler an, dass die Bürgerinitiativen an der Entwicklung der Leitlinien gezielt nicht beteiligt wurden.

9. Die Gesellschaft altert auch in Mainz. Ein vielfach ungenutztes Potenzial an gut ausgebildeten Menschen. Welche konkreten Konzepte und Möglichkeiten, abgesehen vom Ehrenamtsbüro, bieten Sie diesen älteren BürgerInnen, sich im Gemeinwesen zu engagieren?

Antwort der ÖDP: Naturwissenschaftliche Bildung und Förderung ist in Zeiten, in denen man ohne Informatikstudium nicht einmal mehr versteht, wie Auto und Telefon funktionieren, enorm wichtig, um nicht abgehängt zu werden. Das kann nicht erst in der Universität beginnen und die Schulen können das auch nicht im notwendigen Maße leisten. Daher wäre es wünschenswert, wenn Initiativen wie z.B. Repair-Café oder die Astronomische Arbeitsgemeinschaft, die Naturwissenschaft und Technik im Programm haben, entsprechend gefördert werden – auch immateriell, z.B. in Form von Räumlichkeiten. Die Angebote erfreuen sich großer Beliebtheit und schaffen Vielfalt und Lebensqualität in Mainz. Ein Bindeglied zwischen Wissenschaft und Bevölkerung können dabei Akteure aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sein. Ein Beispiel ist die ehemalige Volkssternwarte, mit deren Schließung im attraktiven räumlichen Umfeld zwischen Anne-Frank-Realschule und Naturhistorischem Museum viel Potential für Synergien verschenkt wurde. Leider befindet sich das Museum nun schon seit Jahren im Umbau, wodurch der Betrieb massiv eingeschränkt ist. Von der durch die Baudezernentin angekündigten Win-win-Situation in Form eines „naturwissenschaftlichen Lern- und Entdeckungsumfeldes“ ist man immer noch meilenweit entfernt.

10. Studien haben ergeben, dass individuelle Ladengeschäfte und Familienbetriebe mehr Arbeitsplätze schaffen und der Gemeinde höhere Steuereinnahmen bescheren als Handelsketten und große Konzerne. Wie wird Ihre Partei die lokale, mittelständische Wirtschaft und die Start-Up-Szene stärker fördern?

Antwort der ÖDP: Um lokale, mittelständische Wirtschaft und Start-Up-Szene stärker zu fördern, fordern wir, das Wirtschafts- und Liegenschaftsdezernat zum Dezernat für Arbeit und Wirtschaft umzuorganisieren. Generell muss dafür gesorgt werden, dass die Wirtschaftsförderung in Mainz personell besser aufgestellt wird. Aktuell gibt es für diesen Aufgabenbereich nur vier Stellen, Wiesbaden hat beispielsweise dafür 14 Stellen. Ganz besonders liegt uns die lokale Landwirtschaft am Herzen. Zusammenhängendes Ackerland darf nicht zerstückelt und Gewerbegebieten geopfert werden.

Themenbereich Grün in der Stadt

11. In Mainz gehen jeden Tag viele m² Freifläche durch Bebauung verloren ("Baulücken" mit Hecken, Wiesen und Bäumen). Luftbilder zeigen, wie die Versiegelung deutlich voranschreitet. Wie wollen Sie hier in Zukunft Lebensräume für Tiere (z.B. Gebäudebrüter und Fledermäuse) sowie Pflanzen erhalten? Planen Sie z.B., für Neubaugebiete den Einbau von Nistkästen und das Anlegen von Fassadenbegrünungen verbindlich zu regeln?

Antwort der ÖDP: Der Oberbürgermeister verkündet stets mit Stolz die Einwohner-Zuwachsraten und verschließt dabei die Augen vor den Grenzen des Wachstums. Die ÖDP fordert von je her einen Masterplan für Mainz, der mittel- und langfristig Maßnahmen der Stadtentwicklung skizziert. Hierdurch könnten Planungen besser nach den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet werden – statt wie bisher nach Investorenwünschen. Wir müssen außerdem eine bessere Vernetzung mit dem Umland anstreben. In Mainz gilt leider die Devise: Der Investor gibt die Marschrichtung vor, füllt die restlichen grünen Flecken in der Stadt entsprechend den Mindestanforderungen des Baugesetzbuchs und spart sich seinen Beitrag zum Allgemeinwohl. Wo das hinführt, sehen wir z. B. an der massiven Bebauung Am Binger Schlag oder der geplanten Bebauung der Mieter-Nutzgärten zwischen Untere Zahlbacher Straße und Am Linsenbergr. Daher fordern wir flächendeckend Bebauungspläne, um mit diesem notwendigen rechtlichen Instrument den baulichen Wildwuchs einzudämmen und die notwendige Anhörung der beteiligten Bürger/innen und Ämter (insbesondere der Umweltverträglichkeitsprüfung) zu gewährleisten. Über abweichende Planungen und geplante Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplans entsprechend § 34 Baugesetzbuch darf nur im Einvernehmen der Gemeinde entsprechend § 36 Abs. 1 Baugesetzbuch entschieden werden – das gilt selbstverständlich auch und besonders für Ausnahmen, die Umweltbelange berühren (Negativbeispiel: gefällte Linde im Martin-Luther-King-Park für ein Bauprojekt). Die betroffenen Gremien wie Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie sowie der betroffene Ortsbeirat sollen rechtzeitig informiert werden. Ihnen soll Gelegenheit zur Stellungnahme und gegebenenfalls zum Einspruch gegeben werden.

Im April 2019 wurde ein ÖDP-Stadtratsantrag mehrheitlich abgesegnet: "Sparsame und nachhaltige Flächennutzung in Gewerbegebieten", der auch für Gewerbegebiete eine Innenentwicklung vor Außenentwicklung fordert. Details unter: <http://www.oedp-mainz.de/aktuelles/antraege-stadtrat/antrag-details/news/sparsame-und-nachhaltige-flaechennutzung-in-gewerbe/>

Zudem wurde die Verwaltung mithilfe einer ÖDP-Stadtratsanfrage auf das Vorhaben, nach der Sanierung des Parkhaus Cityport die Fassade erneut zu begrünen, erinnert.

12. Wie wollen Sie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen, die für die Luftqualität in der Stadt von entscheidender Bedeutung sind, erhalten?

Antwort der ÖDP: Wir brauchen für Mainz eine ganzheitliche, vorausschauende, soziale und ökologische Stadtplanung, die alle Kriterien des städtischen Zusammenlebens betrachtet. Voraussetzung wäre ein städtebauliches Gesamtkonzept, das die Widerstandsfähigkeit der Stadt auch in Krisenzeiten gewährleistet. Trotz mehrerer Anträge und Initiativen ließen sich die Stadtspitze und der Stadtrat bislang leider nicht von der Notwendigkeit eines solchen städtebaulichen Gesamtkonzepts überzeugen. Wir fordern die drastische Reduzierung der Flächenversiegelung und mehr Einsatz für den Artenschutz sowie das für die Kessellage von Mainz dringend notwendige Freihalten der Frischluftkorridore von jeglicher Bebauung. Wir fordern für die Stadtentwicklung eine zukunftsfähige Gesamtstrategie für die Kultur- und Naturlandschaft des Bretzenheimer Feldes, die alle Belange berücksichtigt und die sich aus den notwendigen Grünstrukturen heraus entwickelt, siehe Pressemeldung: <http://www.oedp-mainz.de/aktuelles/pressemitteilungen/nachrichtendetails/news/oedp-fuer-den-erhalt-der-frischluftschneise-im-bretz/>

Im September 2020 fand eine Informationsveranstaltung mit dem Bündnis Stadtklima zur Ostfeld-Bebauung statt. Dabei wurden die negativen Auswirkungen auf die noch verbleibenden Frischluftschneisen für die Stadt Mainz dargelegt. Mit einer Pressemeldung wurde die Thematik in die breite Öffentlichkeit getragen: <https://www.oedp-mainz.de/aktuelles/pressemitteilungen/nachrichtendetails/news/oedp-lehnt-bebauung-von-ostfeldkalkofen-in-wiesbad>

13. Was werden Sie tun, um die zunehmende Anlage von privaten „Steingärten“ einzudämmen? Was halten Sie davon, Vorgärten mit insektenfreundlichen Pflanzen vorzuschreiben?

Antwort der ÖDP: Für künftigen B-Plan wird von der Verwaltung bereits per Satzung ein Verbot von Schottergärten erwogen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Richtlinien in allen Bebauungsplänen verbindlich festgeschrieben werden. Wir können uns eine kommunale Strategie vorstellen, die generell gegen „Steingärten“ vorgeht und eine Gestaltung mit heimischen Pflanzen vorsieht. Forderungen könnten allerdings nur bei Neuanlagen gestellt werden. Im Gegensatz dazu sollten sich alle kommunalen Betriebe verpflichten, ihre Außenanlagen naturnah zu gestalten. Diesen Anspruch stellen wir auch an die Gestaltung des Rheinufer und an das Umfeld des Rathauses. Grundlegend müssen für breite Aufklärungskampagnen und Information der Bauherren aber auch der Verwaltung, der Gartenfachbetriebe, Architekten und Gartengestalter) viel mehr Mittel bereitgestellt werden. Wichtig ist ein Monitoring, das die Erfüllung von Pflanzgeboten auch über längere Zeiträume betrachtet.

14. Die Bevölkerungszahl von Mainz wächst jährlich um rund 2000 Menschen. Die Mainzer Parks sind durch die hohe Besucheranzahl und die vielen Veranstaltungen bereits stark belastet und werden zum Teil noch verkleinert (z.B. Hartenbergpark). Dadurch erhöht sich auch der Naherholungs-Nutzungsdruck auf die sensiblen Naturschutzgebiete. Wie und wo wollen Sie der weiterhin zunehmenden Bevölkerung Grün- und Naherholungsflächen zur Verfügung stellen?

Antwort der ÖDP: Die Grenzen des Wachstums sind erreicht. Während die Ballungsräume immer weiter wachsen, bluten die ländlichen Regionen aus. Daher müssen im Rahmen der Landesplanung, insbesondere bei der Ansiedlung von Gewerbeflächen und der Planung des öffentlichen Nahverkehrs in Zukunft ökologische Schwerpunkt setzen. Wir wollen die Mainzer Naherholungsgebiete besser schützen und vernetzen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass weitere Flora-Fauna-Habitat-(FFH-)Gebiete ausgewiesen werden. Besonders zu schützen sind der Ober-Olmer Wald, der Höllenberg, das Gonsbachtal, der Lennebergwald, der Mombacher Sand, das Rheinufer, der Weisenauer Steinbruch und die Streuobstwiesen an der Bretzenheimer Ziegelei. Alle bestehenden Grünanlagen, z.B. der Grüngürtel zwischen Weisenau und der Oberstadt und der Hartenbergpark, müssen geschützt und dürfen weder bebaut noch veräußert werden. Das Rheinufer muss soweit möglich entsiegelt und mit Bepflanzung durch weitere schattenspendende Bäume aufgewertet werden.

15. Die Vögel und Insekten der Agrarflur sind besonders bedroht. Auch in Mainz pflügen viele Landwirte bis an den Wegasphalt heran, der Einsatz von Spritzmitteln ist üblich, es gibt kaum Biobetriebe. Wie wollen Sie die Mainzer Agrarflur ökologischer machen?

Antwort der ÖDP: Wir müssen die Landwirte zum Partner des Arten- und Naturschutzes machen. Sie müssen besser für diese Leistungen honoriert werden. So können wir die Mainzer Agrarflur in Zukunft ökologischer gestalten. Siehe dazu auch die Antwort zu Frage 14.

16. Es ist bekannt, dass insgesamt die Insektenbestände dramatisch zurückgehen. Wie wollen Sie die Verbreitung heimischer Pflanzen fördern und die Vernetzung von insektenfreundlichen Grünflächen sicherstellen?

Antwort der ÖDP: Grünflächen im Stadtgebiet müssen erhalten bleiben, auch die Nachverdichtung und damit einhergehende Bebauung von Grün- und Gartenflächen muss Einhalt geboten werden. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Grünsatzung über das gesamte Stadtgebiet auch in Gewerbegebieten ein. Wo technisch möglich muss auch über eine intensive Dachbegrünung (nutzbare Dachgärten) nachgedacht werden. Auflagen zur Bepflanzung müssen kontrolliert werden. In Marienborn wird außerdem demnächst – auf Initiative des ÖDP-Ortsvorstehers – das erste Wildbienenhotel errichtet.

Themenbereich Verkehr:

17. Durch den Flugbetrieb am Flughafen Frankfurt fühlen sich große Teile der Mainzer Bevölkerung sehr gestört und haben auch zunehmend Angst vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Was wird Ihre Partei im Hinblick darauf unternehmen?

Antwort der ÖDP: Fluglärm ist leider ein Dauerthema unserer Region, bei dem bislang keinerlei Besserung in Sicht ist. Doch den Kopf in den Sand zu stecken, darf nicht unsere Reaktion sein. Wir positionieren uns mit aller Vehemenz gegen den Fluglärm. Der Lärm über Wohngebieten unserer Stadt, über Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern ist nicht

akzeptabel. Fluglärm macht krank! Wir wenden uns daher auch gegen die Öffnung des Frankfurter Flughafens für Billigflieger. Der weitere Einstieg in das Low-Cost-Segment bedeutet mehr Flugbewegungen, Lärmbelästigung und Feinstaub. Wir fordern ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Ruhezeit von 22 bis 6 Uhr – ohne Ausnahmen. Für sogenannte Verspätungslandungen ebenso wie für den Einsatz besonders lauter Flugzeuge müssen die Fluggesellschaften spürbar sanktioniert werden. Auf Bundes- und EU-Ebenen setzen wir uns für ein Ende der Subventionierung des Flugverkehrs ein.

18. Zurzeit sind 3 neue Park & Ride-Plätze in Mainzer Vororten geplant. Beabsichtigen Sie, das P&R-Angebot weiter auszubauen?

Antwort der ÖDP: Wir setzen uns für den Bau von kleineren Park-and-Ride-Anlagen in den größeren Gemeinden Rheinhessens und entlang von Bahnlinien zur Entlastung des Mainzer Stadtverkehrs ein. Gleichzeitig sollten Park-and-Ride-Anlagen in Weisenau und im Bereich des Lerchenberger Kreisels geschaffen werden. Der Individualverkehr in der Innenstadt muss mittelfristig deutlich reduziert werden.

19. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, den ÖPNV finanziell günstiger und insgesamt attraktiver zu machen? Bitte nennen Sie Beispiele, was Sie für geeignete Mittel halten (z.B. engere Taktung, flexiblere/kleinere/größere Einheiten o.ä.). Werden Sie dafür gegebenenfalls Mittel umschichten?

Antwort der ÖDP: Der ÖPNV ist nicht nur eine tragende Säule der Daseinsvorsorge, sondern auch ein Mittel zur Verbesserung der Luftqualität. Die Attraktivität des ÖPNV hängt ab vom Ausbau des innerstädtischen Netzes und der Vernetzung mit dem Umland, einer engen Taktung der Abfahrzeiten vor allem zu den Stoßzeiten sowie der Reduzierung der Kosten für die Bürgerinnen und Bürger. Erschließungslücken im ÖPNV müssen von der Mainzer Mobilität geschlossen werden, z.B. durch Kleinbusse o.ä. Nur wenn der ÖPNV insbesondere auch für Senioren deutlich günstiger und bequemer als die Fahrt und das Parken mit dem Auto in der Stadt ist, können wir die Verkehrswende weg vom Individualverkehr schaffen. Wir fordern eine Prüfung, ob der Ausbau der Mainzer Straßenbahn nach Rheinhessen sinnvoll ist, z.B. nach Ebersheim und anderen Gemeinden.

20. Welche sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten konkreten Maßnahmen, um den Verkehr in Mainz nachhaltiger zu gestalten und z.B. die Belastung mit Stickoxiden und Feinstaub zu reduzieren?

Antwort der ÖDP: Vieles hätte bereits in den vergangenen Jahren, seit die Diskussion um den Diesel schwelt, umgesetzt werden können. Ideen und Anträge im Stadtrat dazu hat es vor allem von der ÖDP genügend gegeben. Wir fordern nichts weniger als

- eine echte Verkehrswende,
- den Erhalt der verbliebenen Frischluftschneisen und
- die Verbesserung der Stadtluft durch intelligente Stadtentwicklung.

Wir drängen darauf, dass der Stadtvorstand die Wurzel des Problems, die schlechten Luftwerte, bekämpft und damit den Gesundheitsschutz aller Menschen in Mainz ernst nimmt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht die Zeche für die Profitgier der Automobilindustrie und die Untätigkeit der Politik bezahlen.

21. Wie wollen Sie den Fahrradverkehr attraktiver und sicherer gestalten (z.B. Fahrradstraßen, 2,80 m breite Radwege etc.)?

Antwort der ÖDP: Die ÖDP setzt sich seit Jahren für eine Stärkung des Radverkehrs in Mainz ein. Das Thema wird umso dringlicher, als die Stadt vor der Aufgabe steht, eine umfassende Verkehrswende in die Wege zu leiten. Die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht bzw. Sperrung von Radwegen im Mainzer Stadtgebiet hat zu einer umfassenden Diskussion über die Sicherheit der Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr geführt. Gerade die aktuelle Debatte am Beispiel der Goldgrube zeigt, dass alle politischen Strömungen mehr Radverkehr befürworten, aber der Weg dahin umstritten ist. Aus Sicht der ÖDP brauchen wir sichere, durchgehende und ausreichend dimensionierte Radwegenetze sowie überregional die Einrichtung von Radschnellwegen.

22. Welche konkreten Projekte verfolgen Sie für den Ausbau des Radwegenetzes in Mainz?

Antwort der ÖDP: Die Stadt soll Leitlinien für die Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz erstellen. Einen Diskussionsprozess unter breiter Beteiligung aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft möchte die ÖDP dem Leitlinienentwurf vorschalten. Was die Prioritäten bei der Planung neuer Radwegeverbindungen angeht, befürworten wir die Vorschläge auf http://www.adfc-mainz.de/cms_select.php?ID=643. Die vom ADFC angedachten Radschnellwege zu allen wichtigen Zielen außerhalb von Mainz, z.B. nach Oppenheim, Worms, Nieder-Olm, Ingelheim, Bingen, Wiesbaden, Frankfurt müssen nach und nach in Angriff genommen werden. Dazu ist der vorgeschlagene Weg „gesamtheitlichen Radverkehrskonzepts“ für den Bereich der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe, aber auch auf die andere Rheinseite, sinnvoll. Auch der nötige Rad- und Fußweg zwischen Marienborn und Klein-Winternheim sehen wir als wichtigen Punkt an. Dafür hat sich bereits unser Ortsvorsteher Dr. Claudius Moseler gemeinsam mit der Klein-Winternheimer Ortsbürgermeisterin Ute Granold eingesetzt. Die Ortsgemeinde hat sogar das Geld in den Haushalt eingestellt. Die Stadt Mainz hat dafür kein Geld bereitgestellt und will nur einen „Schutzstreifen“ realisieren.

23. Wie wollen Sie innovative Verkehrskonzepte wie E-Carsharing in Mainz fördern?

Antwort der ÖDP: Ja, innovative Verkehrskonzepte, wie vor allem das E-Carsharing wird die ÖDP nach allen Kräften unterstützen.

24. In welchem Umfang wollen Sie die Anzahl der Ladestationen für E-Mobilität erhöhen?

Antwort der ÖDP: Dies kann man so pauschal nicht sagen. Dies hängt von den Entwicklungen der Mobilität im Allgemeinen ab. Auch die Wasserstofftechnologie sollte man

im Blick. Grundsätzlich können wir uns jedoch als ersten Schritten jeweils ein bis zwei Ladestationen pro Stadtteil vorstellen.

Die Förderung des Individualverkehrs allgemein wird jedoch die innerstädtischen Verkehrsprobleme nicht lösen. Daher präferieren wir die Förderung des ÖPNV.

Themenbereich Energie:

25. Der „Masterplan Klimaschutz“ soll dazu führen, dass bis 2050 (im Vergleich zu 1990) der Mainzer Endenergieverbrauch um 50% und der Treibhausgasausstoß um 95% sinken soll. Welche Strategien sehen Sie als die wichtigsten an, um dieses langfristige Ziel umzusetzen?

Antwort der ÖDP: Der größte Effekt bei der CO₂-Einsparung liegt in der Heizenergie. Wir befürworten, dass in Neubaugebieten nicht wie bisher nur der nach Energieeinsparung geforderte Standard erfüllt wird, sondern in Bebauungsplänen Festlegungen zu Nullenergie- oder sogar Plusenergiestandards getroffen werden. Die Kommune muss Vorbild sein, d. h. kommunale Liegenschaften aber auch die Wohnungsbestände der Wohnbau sollen diese Anforderungen an Nachhaltigkeit erfüllen. Das erstreckt sich nicht nur auf die Energieeffizienz sondern viel mehr noch auf die Einsparung von Energie. (Dämmung, alternative Heizenergie, nachhaltige Materialien - Einsparung "grauer Energie", Einsparung von Fläche (effiziente Wohnungszuschnitte, gemeinsame Nutzung von Räumen, kleinere Bäder etc.).

Private Hausbesitzer muss eine unabhängige Beratung an die Seite gestellt werden, um sie zu nachhaltiger Gebäudesanierung anzuregen und durch den Dschungel der Energieeinsparverordnung zu leiten.

26. Wie bringen Sie die Ausstattung von öffentlichen Gebäuden mit Photovoltaik voran?

Antwort der ÖDP: Ja, die ÖDP befürwortet eine entsprechende Solarsatzung! Ein Stadtratsantrag der ÖDP, in Neubaugebieten die Dächer zur optimalen Nutzung solarer Energie auszurichten wurde in der Vergangenheit leider mehrheitlich abgelehnt.

27. Wie könnte die Installation von Balkon-Solarmodulen für Mieter/innen und Bürger/innen unterstützt werden, die keine Möglichkeit haben, Photovoltaik auf dem Dach anzubringen?

Antwort der ÖDP: Ja, diese Idee unterstützen wir und würden ggf. rechtliche Hindernisse im Rahmen der kommunalpolitischen Entscheidungen beseitigen.

Mobilfunk

28. Es ist geplant, den neuen Mobilfunkstandard 5G flächendeckend auszubauen. Eine Technikfolgenabschätzung fand bislang nicht statt. Internationale WissenschaftlerInnen und ÄrztInnen warnen vor den Gesundheitsrisiken durch den Mobilfunkstandard 5G und fordern ein Moratorium, bis potenzielle Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vollständig durch industrieunabhängige WissenschaftlerInnen erforscht wurden. Eine

Alternative stellen Breitbandnetze (Glasfaser) dar, die als Teil der Daseinsvorsorge von den Kommunen betrieben werden. Welche Position nehmen Sie zu diesem Thema ein?

Antwort der ÖDP: Bei der Einführung neuer Mobilfunkstandards wie „5G“ fordern wir die strikte Einhaltung des Vorsorgeprinzips ein. Mit Sorge erfüllen uns daher Aussagen z.B. des Bundesamtes für Strahlenschutz, nach denen gerade die Auswirkungen der 5G-Technologie auf Mensch und Tier bisher nicht ausreichend untersucht worden sind. Wir unterstützen daher den Ausbau der kabelgebundenen Breitbandnetze.

Abschlussfrage:

29. Welche grundlegend neuen Ideen haben Sie für die gesellschaftliche Entwicklung unserer Stadt? Was sind Ihre Visionen?

Antwort der ÖDP: Seit 1980 verbraucht die Menschheit Jahr für Jahr mehr Ressourcen, als die Erde zur Verfügung stellen kann. Wenn im Jahr 2050 alle Menschen weltweit den Lebensstil der heutigen reichen Länder kopieren wollten, benötigten wir die Ressourcen von drei Erden. Dennoch ist die gegenwärtige Politik nach wie vor vom Streben nach grenzenlosem Wirtschaftswachstum geprägt – auch die Kommunalpolitik in Mainz. Sämtliche etablierten Parteien haben dieses Ziel in ihren Programmen festgeschrieben. Die ÖDP hingegen ist seit jeher der Überzeugung, dass unsere begrenzte Erde kein grenzenloses Wachstum verträgt. Deshalb stehen wir für eine Umkehr hin zu einer für Menschheit und Natur verträglichen Wirtschaftsweise und fordern wirkungsvolle gesetzliche Regelungen. Diese Erkenntnisse müssen den Handlungsrahmen der kommunalpolitischen Entscheidungen in Mainz geben.

Für die ÖDP Mainz:

Ingrid Pannhorst, Bau- und Umweltpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion

Dr. Claudius Moseler, ÖDP-Fraktionsvorsitzender im Mainzer Stadtrat